

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1616/2017
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 10.11.2017	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Kenntnisnahme	21.11.2017	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1278/2017 CDU Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim;
hier: Geschwindigkeitsreduzierung auf der Lennebergstraße

Mainz, 15.11.2017

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

In der Heidesheimer Straße (Ortseingang) wurde bereits 2016 an 10 ermittelten Tagen stadteinwärts knapp 15.000 Fahrzeuge gemessen, dies entspricht durchschnittlich 1.500 Fahrzeuge/Tag. 99,6% der Fahrzeuge fuhr innerhalb des Toleranzbereichs von 57km/h, die mittlere Geschwindigkeit lag mit 34 km/h klar unter der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit von 50km/h. Ein echtes Bußgeld riskierten nur 2 der knapp 15.000 Fahrzeuge. Die höchst gemessene Geschwindigkeit betrug 82km/h.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Messungen an gleicher Stelle hat sich die Situation signifikant verbessert. Damals wurde eine Vorher-Nachhermessung durchgeführt, vor und nach Einbau einer Einengung. Schon bei dieser Messreihe 2010 wurde deutlich, dass die Verengung zu einer kurzfristigen Verbesserung geführt hatte (Reduzierung der Durchschnittsgeschwindigkeit von 50 auf 44 km/h und Verringerung der Fahrzeuge im Bußgeld- und Verwarnbereich von 25% auf unter 13%). Das Geschwindigkeitsniveau wurde somit rechtzeitig vor der bebauten Ortslage verlangsamt und somit die Sicherheit für Anwohner und Verkehrsteilnehmer erhöht. Der Einbau der Fahrbahnverengung hat somit eine spürbare und nachhaltige Wirkung gezeigt. Die Ergebnisse decken sich auch mit der Verkehrsüberwachung von Amt 31 die im Straßenverlauf eine ähnlich positive Entwicklung mit sehr geringen Überschreitungen verzeichnet hat.

Aufgrund des positiven Trends zwischen 2010 und 2016 sowie dem sehr moderaten durchschnittlichen Geschwindigkeitsniveau sieht die Verwaltung daher derzeit keinen unmittelbaren Bedarf für weitere Messungen.